



megafon

Debattenforum der Linksjugend ['solid]

MÄRZ / 09

Die nationale Frage – streiten über einen Dauerbrenner in der Linken

Von Florian Höllen (Bundessprecher Linksjugend 'solid)

Auch wenn diese erste Ausgabe des megafons in neuer Gestalt als thematisches Diskussionsorgan reichlich verspätet kommt, so ist das Thema nicht „gegessen“ und wird es wohl so schnell auch nicht werden. Seit dem Entstehen moderner Ideen einer Nation Ende des 18. / Anfang des 19. Jahrhunderts ist diese Frage eng mit der Geschichte der Linken verknüpft – eben ein Dauerbrenner. Meist kristallisiert sie sich an konkreten Beispielen, heute z.B. Venezuela, Tibet, Israel / Palästina oder der Europäischen Union. So unterschiedlich die Konflikte im Einzelfall sind, so ähneln sich doch die grundlegenden Fragen: Was ist eine Nation? Wer ist eine Nation? Kann eine Nation sozialistisch sein? Oder muß sie für den Sozialismus überwunden werden? Wie stehen Nationalbewusstsein, Klassenkämpfe und Klassenbewusstsein sowie Internationalismus zueinander?

Wenn auch die Ablehnung eines Kampfes von Nationen gegen Nationen, Imperien gegen Peripherien (bzw. ein System, welches diese Konflikte hervorbringt) ein gemeinsamer Standpunkt sein sollte, so sind doch die Auffassungen in der sozialistischen Bewegung darüber hinaus sehr „vielfältig“ bzw. widersprüchlich. Diese Widersprüche sollen auch hier ausgetragen werden, allerdings im Sinne eines produktiven Streits, in dem – ganz dialektisch – aus Widersprüchen eine neue Qualität erreicht wird.

Gerade unter dem Druck von Mehrheitsbildungen, z.B. auf Bundeskongressen, werden Diskussionen jedoch nicht in der Tiefe (dafür nichtsdestotrotz mit großer Schärfe) geführt, so dass eine sachliche Auseinandersetzung schwer fällt, vielleicht auch nicht immer gewollt ist. Für die Schärfung des Profils des Verbandes ist eine tiefe und sachliche Diskussion – die stets scharf, aber nie persönlich verletzend, sein darf – notwendig. Das megafon soll einer solchen Diskussion Platz bieten. Es versteht sich als ein Forum der Mitglieder zu umstrittenen politischen Fragen im Verband. Gerade auch für Mitglieder (noch) ohne Basisgruppen, soll so ein Raum politischer Auseinandersetzung geschaffen werden.

An dieser Stelle sei auch den Autoren gedankt! Die Debatten gehen weiter. Was der nächste Themenschwerpunkt sein wird, steht noch nicht fest. Vorschläge (und dann viele Beiträge!) sind – denke ich – auch dem nächsten BSPR willkommen!

Noch steckt das megafon als Debattenforum in den Kinderschuhen. Wie es sich entwickelt und ob es den Ansprüchen ein thematisches Diskussionsorgan gerecht werden kann, liegt an jedem von uns. Eine Zeitschrift ist immer so gut, wie ihre Autoren.

Bei Brecht heißt es „Lesen ist Klassenkampf.“ Schreiben ist es auch.

linksjugend ['solid] 
INHALT
des Heftes

SEITE 2

Eine universelle Revolution braucht ein universelles Terrain

SEITE 3

Die nationale Frage als Dimension sozialistischer Kämpfe

SEITE 5

Die Linke und die nationale Frage

SEITE 8

Zwischen Revolution und Nationalismus – eine Positionierung zum Vorgehen der sog. Befreiungsbewegungen

SEITE 10

Patriotinnen sind Idiotinnen?

IMPRESSUM

megafon – Debattenforum der Linksjugend
[' solid]
Herausgeber: Bundessprecher_innenrat
der Linksjugend [' solid]
V.i.S.d.P.: Florian Höllen (Bundessprecher)
c/o Linksjugend [' solid]
Kleine Alexanderstr. 28
10178 Berlin

Namentlich gezeichnete Artikel geben
nicht unbedingt die Meinung des
Herausgebers wieder.

Eine universelle Revolution braucht ein universelles Terrain

Von Sebastian Vaupel

„Die wohlfeilste Art des Stolzes hingegen ist der Nationalstolz. Denn er verrät in dem damit Behafteten den Mangel an individuellen Eigenschaften, auf die er stolz sein könnte, indem er sonst nicht zu dem greifen würde, was er mit so vielen Millionen teilt. Aber jeder erbärmlicher Tropf, der nichts in der Welt hat, auf das er stolz sein könnte, ergreift das letzte Mittel, auf die Nation, der er gerade angehört, um stolz zu sein.“

(Arthur Schopenhauer)

Die Nationalitätszugehörigkeit als Kompensator eines Mangels an Selbstbestimmung ist also ein alter Hut. Dennoch verlieren die Nationalstaaten nach wie vor nicht an Wertschätzung durch einen Großteil der Menschheit. Offensichtlich ist es mit der individuellen Freiheit vor allem im Geiste der meisten noch nicht allzu weit und das Ersatzmittel „Nationalbewusstsein“ scheint Abhilfe zu leisten. Doch wie Schopenhauer bereits erläutert ist die Beglückung durch Nationalität ein Trugschluss: Wem es an individuellen Eigenschaften mangelt, der ist nicht frei, ist fremdbestimmt und dessen Bedürfnisse werden nicht befriedigt. Und dann kommt das Nationalbewusstsein als Strohalm ins Spiel.

Was sind denn die Bedürfnisse, die unbefriedigt bleiben, worüber dann ein nationales Einheitsgefühl hinwegtäuschen muss? Es sind in erster Linie die Bedürfnisse einfacher Menschen, des Proletariats. Ihm mangelt es an Selbstbestimmung und dieser Mangel will kompensiert werden. Oder behoben, und das gelingt nur in einer sozialistischen Gesellschaft. Das Nationalbewusstsein überdeckt die Missstände, es benötigt ein Klassenbewusstsein, um sie zu bekämpfen. Insofern muss hier eine Entscheidung getroffen werden zwischen Klassen- und Nationalbewusstsein, Fortschrittlichkeit oder Reaktionismus. Warum eine sozialistische Revolution nicht auf eine oder mehrere Nationen beschränkt sein kann,

begründet Engels damit, dass der bestehende Weltmarkt Abhängigkeiten zwischen allen Staaten geschaffen habe, so dass eine Einnischung auf Dauer nicht umsetzbar ist. Zudem macht er darauf aufmerksam, dass die kommunistische Revolution in allen zivilisierten Ländern gleichzeitig vor sich gehen müsse, da eine universelle Revolution ein universelles Terrain benötige. Dies ist heute noch eine entscheidende Grundposition einer radikalen Linken: Die alte Gesellschaft soll nicht geflickt, es muss eine neue geschneidert werden!

Dabei stellt es eine große Gefahr da, dass ein Nationalbewusstsein noch heute weit verbreitet ist: Es steht der Entstehung eines Klassenbewusstseins im Wege, weil sich jede Nation aus verschiedenen Klassen zusammensetzt. Statt miteinander für eine Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu streiten, wird innerproletarische Konkurrenz erzeugt. Solange in Nationalstaaten gedacht wird, bleibt ein echter Internationalismus utopisch. Es ist ein Fehler zu denken, Organisationen wie die UN handelten internationalistisch. Im Gegenteil vertreten Nationen in ihnen ihre Positionen mit dem Ziel eigenen Machterhalts und -gewinns, wobei natürlich verschiedene Staaten manchmal gleiche Interessen vertreten, jedoch nicht nach einem weltweiten Konsens gesucht wird, sondern ein durchsetzbarer (also den Vetomächten in ihren Kram passender) Interessensbri der Machtelite einzelner Nationen und nicht einer Internationalen umgesetzt wird. Dass dabei die Interessen des Proletariats nicht sonderlich exzessiv vertreten werden, wird nachzuvollziehen sein.

Separatistische Bewegungen in aller Welt entstehen durch die Unterdrückung von Bevölkerungsminderheiten durch die Machtkaste des Staates, in denen sie leben. Diese Unterdrückungen basieren sehr wohl auf eben diesem klassischen Nationalitätendenken, das die Machthaber_innen dazu bringt, die Bevölkerung ihres Staates nach deren ethnischen Wurzeln zu unterteilen

und unterschiedlich zu behandeln. Dass dann der Wille nach Selbstbestimmung in diesen Bevölkerungsgruppen stark wird, ist verständlich. Der Nationalwahn ist in solchen Fällen eher auf Seiten des existierenden Staates zu finden denn bei den Separatist_innen. Diese wollen aus einer staatlichen Fremdbestimmung fliehen und müssen dazu zunächst einen eigenen Staat anstreben, bevor der lohnabhängige Bevölkerungsteil zu einer Ablehnung des Staatendenkens finden könnte. Wir haben es hier also mit einem Aufbegehren gegen Unterdrücker_innen zu tun – ähnlich wie bei der Klassenfrage. Der Aspekt der Nationalität spielt weniger insofern eine Rolle, als er die Motivation für separatistische Bestrebungen darstellte. Ich sehe daher keinen Widerspruch in einer grundsätzlichen Ablehnung des Nationalitätendenkens und einer differenzierten Beurteilung (und daraus folgend auch einer möglichen positiven Bewertung) separatistischer Bewegungen.

Unabhängig davon muss die konkrete Utopie meines Erachtens tatsächlich die Überwindung des Staatensystems sein, da für das Gebilde „Staat“ oder „Nation“ der institutionelle Machterhalt zählt anstatt einer Verbesserung der Lebensverhältnisse der globalen Welt.

Und drum wacht auf, Verdammte dieser Erde...

Die nationale Frage als Dimension sozialistischer Kämpfe

Von Florian Höllen (Göttingen)

*This land is your land. This land is my land*¹

In unserem Programm heißt es wörtlich im Abschnitt 4.2 „Kein Fußbreit dem Faschismus – Rassismus entwurzeln!“. „Die Linksjugend [solid] ist konsequent antinationalistisch.“ Klar ist, dass wir uns gegen jede Diskriminierung von Menschen wenden, z.B. weil sie zu irgendeiner Gruppe dazugehören oder eben nicht dazugehören. Die nationale Frage als Frage nach dem Verständnis, dem Charakter und der Bedeutung der Nation ist damit jedoch nicht beantwortet. Dieser Artikel will einen Beitrag dazu leisten, sich dieser Frage aus verschiedenen Blickwinkeln zu widmen – sie ist aktuell wie lange nicht mehr. Dazu werden im Folgenden fünf Aspekte der nationalen Frage angesprochen, um daraufhin zu einer Gesamteinschätzung zu kommen.

Nationale Frage als Demokratiefrage

Die nationale Frage stellt sich insbesondere heute als Frage nach der Machtverteilung von Staaten auf der einen und internationalen und transnationalen Organisationen auf der anderen Seite. „Brüssel“ ist zum Inbegriff einer Entmündigung der Europäer durch die Europäische Union geworden. Was national nicht durchgesetzt werden kann, wird vermittelt über die Europäische Kommission durchgesetzt. Ja, die EU ist zum Mittel des organisierten Bruchs nationaler Verfassungen durch Europäisches Recht geworden. Im Gegensatz zu den nationalen Gesetzen haben die Bürger nicht einmal einen über Parlamente vermittelten Einfluss. Das sogenannte „Europäische Parlament“ ist Vieles, aber kein Parlament. Es kann nicht mal selbst Gesetze machen. Die Übertragung von Macht an EU-Institutionen ist keine europäische Vergemeinschaftung,

sondern die Ausschaltung der bürgerlich-parlamentarischen Kontrollmechanismen über die Regierungen. Diese geben dafür ihre Macht nicht ab, sondern behalten sie über die maßgeblichen regierungsdominierten EU-Gremien wie die Kommission und den Rat. Da Brüssel weit weg, die EU undurchsichtig und das parlamentarische Mäntelchen gut gepflegt ist, schwindet die Möglichkeit, Regierungen für ihre Politik öffentlich haftbar zu machen. Die Bürger haben nicht nur weniger zu bestimmen, sie können das was über sie entschieden wurde nicht einmal lokalisieren, geschweige denn angreifen.

Je näher an der Basis entschieden wird, desto demokratischer ist eine Entscheidungsfindung. Berlin ist näher bei den Menschen in Deutschland als Brüssel. Die nationale Ebene der BRD ist demokratischer (bzw. weniger undemokratisch) als die über-nationale Ebene der Europäischen Union. Noch extremer ist die Entdemokratisierung, wenn man sich die Macht der G8 oder des Internationalen Währungsfonds anschaut. Heute für nationale Selbstbestimmung einzutreten ist daher schlicht und ergreifend demokratisch. Die Europäische Union ist keine sozialistische Union, die Nato kein Friedensbündnis und die G8 keine Entwicklungsorganisation. Die sozialistische Weltrepublik ist derzeit leider nicht als Alternative zum Beharren auf nationale Unabhängigkeit und Selbstbestimmung in Sicht. Durch die Zentralisierung von unkontrollierter Macht in Brüssel werden wir ihr auch nicht näher kommen.

Nationale Frage als Eigentumsfrage

Wenn ich als Kommunist nachts an Deutschland denke, gehen mir oft die Zeilen einer Fassung des Liedes „Roter Wedding“ durch den Kopf: „[...] und schlug auch der Feind unsere Besten tot / der Wedding kommt wieder / Berlin bleibt rot / damit Deutschland den Deutschen gehört“.

nicht eine Parole der Nazis? Ja, das ist sie. Sie meinen damit „Ausländer raus“ und „Deutschland den Nazis“. Aber gerade die Nazis sind es doch, die im Lied drohend am Horizont stehen und mit den proletarischen Fäusten des Rot Front-Kämpferbundes bekämpft werden. Wie passt dies zusammen? Ich rätselte. Irgendwann merkte ich, dass ich im Kopf falsch zitiert hatte. Es heißt nicht vollkommen unspezifisch „Deutschland den Deutschen“ sondern, „damit Deutschland den Deutschen gehört“. Es geht also ums gehören, es geht ums Eigentum. Deutschland soll eben nicht mehr ein paar Kapitalisten gehören, einer Klasse, sondern denen, die Namensgeber dieses Landes sind. Natürlich lässt sich jetzt ein rassistisches Konzept unterstellen, wie: „Enteignung nur der bösen ausländischen Konzerne“ und / oder „Wer keine arische Großmutter hat kriegt nichts ab“. Der Text bietet hierfür nur nicht mal den leisesten Hinweis. Wohl aber auf den Kampf gegen die damals erstarkenden Nazis („der Wedding kommt wieder / Berlin bleibt rot“). Und eben dieses ‚rot bleiben‘ der Berliner Arbeiterbezirke angesichts der braunen Bewegung hat auch einen antikapitalistischen Zweck: „damit Deutschland den Deutschen gehört“ heißt es im Anschluss. Denn, dafür zu sorgen, dass Deutschland den Deutschen gehört, wird von den - eben nur vermeintlich antikapitalistischen - Nazis eben gerade nicht erwartet. Das Land gehört nicht denen, die auf ihm leben. Aber es soll denen gehören, die auf ihm leben. Wem sonst? Ein solcher „nationaler“ Bezug ist für mich nicht nationalistisch, sondern sozial und revolutionär.

Nationale Frage als Klassenfrage

Wie sehr es auf das genaue Zitieren ankommt, zeigt auch beim gerne allein zitierten Satz „Die Arbeiter haben kein Vaterland.“ von Marx und Engels, der so als Beleg für einen Widerspruch von Nationalbewusstsein und Klassenbewusstsein gelesen werden soll.

¹ Woody Guthrie, US-amerikanischer Gewerkschafter und Volksänger, http://www.woodyguthrie.org/Lyrics/This_Land.htm

Der Herkunftsabschnitt des Manifests der kommunistischen Partei lautet:

„[1] Den Kommunisten ist ferner vorgeworfen worden, sie wollten das Vaterland, die Nationalität abschaffen.

[2] Die Arbeiter haben kein Vaterland. [3] Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben. [4] Indem das Proletariat zunächst sich die politische Herrschaft erobern, sich zur nationalen Klasse erheben, sich selbst als Nation konstituieren muß, ist es selbst noch national, wenn auch keineswegs im Sinne der Bourgeoisie.“²

Dass die Arbeiter kein Vaterland haben (im Sinne von ‚besitzen‘, wie durch das kontrastierende „nehmen“ deutlich wird) wird keinesfalls positiv bewertet, sondern in Satz [2] und [3] festgestellt. Wenn man nun davon ausgeht, dass die Eroberung der politischen Herrschaft durch das Proletariat von Marx und Engels positiv betrachtet wird (andere Textstellen könnten dies belegen), dann wird die in Satz [4] hiermit gleichgesetzte Konstituierung des Proletariats als Nation ebenfalls positiv bewertet. Diese Nation ist allerdings nicht (Nation) im Sinne der Bourgeoisie, sondern - so darf man annehmen, wenn es sich um das Proletariat handelt - im Sinne des Proletariats. Die Nation verliert also (was eigentlich banal ist) ihren bürgerlichen Charakter wenn sie vom Proletariat bestimmt wird. Sie ist zu keinem Zeitpunkt die Einheit von verschiedenen Klassen, sondern ihr Charakter ist ein klassenmäßiger.

Der nationale Charakter des Proletariats und der proletarische Charakter dieser (neuen) Nation sind dabei allerdings nicht ewig, wie das Wort „noch“ in Satz [4] andeutet und später wie folgt ausgeführt wird: „Mit dem Gegensatz der Klassen im Innern der Nationen fällt die feindliche Stellung der Nationen gegeneinander.“³

Klasse und Nation stehen hier nicht ausschließend gegeneinander, sie gehören zusammen. Die Widersprüche zwischen den Nationen und den Klassen gehen gemeinsam zu Grunde. Bei einer objektiven Betrachtung müssten auch das Bewusstsein (Hier

sei eingeschoben, dass Bewusstsein von ‚wissen‘ kommt und nicht von ‚bewerten‘ und sich somit vom positiv bewertenden (und vereinnahmenden) Stolz unterscheidet.) von Klasse und Nation ebenfalls gemeinsam verschwinden. Klassenbewusstsein und Nationalbewusstsein schließen sich nicht aus, sie gehören zusammen. Sie gehören aber auch beide im Sinne einer von den Schranken von Nationen und Klassen befreiten Gesellschaft zusammen überwunden.

Nationale Frage als Friedensfrage

Der Frieden, das ist das höchste Ziel der sozialistischen Bewegung, da der Krieg die direkteste Bedrohung des menschlichen Lebens ist. Sie ist darüber hinaus auch eine revolutionäre Frage, denn „Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich, wie die Wolke den Regen.“ (Jean Jaures). Das marktwirtschaftliche Prinzip der Konkurrenz kann sich auf internationaler Ebene in Form des Krieges äußern. Geostrategisch wichtige Gebiete, Rohstoffe und Absatzmärkte sind Grund genug für imperialistische Staaten, andere Staaten militärisch (oder wirtschaftlich) anzugreifen, d.h. ihre nationale Souveränität zu verletzen. Wenn jede Nation jedoch die nationale Selbstbestimmung der anderen Nationen akzeptieren würde, hätte es die Kriege gegen Jugoslawien, Afghanistan, Irak... mit ihren schrecklichen Folgen nicht gegeben.

Angesichts dessen, dass bis in unseren Verband hinein die Kriegstrommeln für einen Angriff gegen den Iran gerührt werden (wenn auch nur von fanatischen Minderheit die kleiner ist als eine Schulklasse), muss das Prinzip der nationalen Selbstbestimmung als friedenssichernde Maßnahme verteidigt werden. Afghanistan und Irak haben gezeigt, dass ein solcher Angriff - auch wenn er sich in der Kriegspropaganda nur gegen ein diktatorisches Regime richtet - den Menschen im Land schadet, statt ihnen zu nützen. Mit die größte nationalistische Gefahr ist derzeit ein euronationalistischer Rassismus, der in vermeintlich aufgeklärtes, weltoffenes und tolerantes Europa gegen eine vermeintlich zivilisatorisch unterentwickelte arabische und islamische Welt stellt und einen Kampf der Kulturen predigt. Wer jedoch stets mit

ausgestrecktem Finger auf „die anderen“ zeigt, der sollte zuerst im eigenen Land kehren. Hier steht der Hauptfeind. Hier ist auch ein Zentrum der euro-us-amerikanischen Kriegsmaschinerie. Und hier ist auch bewiesenermaßen - im Unterschied zum Iran - die Atombombe in Gestalt der deutsch-US-amerikanischen nuklearen Teilhabe. Zum Einsatz an deutschen Tornos bereit liegen sie in Büchel und Ramstein in Rheinland-Pfalz. Der Abzug der Atomwaffen wie der Abzug der US-Truppen aus Deutschland generell, wäre ein Beitrag zum Frieden. Deutschland könnte so auch nicht mehr als Basis für US-Kriege genutzt werden. Voraussetzung für eine solche Entscheidung wäre die nationale Emanzipation Deutschlands von den USA und der Nato. Give peace a chance: Stop the bomb! Ami go home!

Nationale Frage als antifaschistische Frage

Jene faschistischen Polit-Verbrecher, die sich „Nationalsozialisten“ nannten, schafften das Kunststück, zwei Lügen in ein Wort zu stecken. Sie waren weder Sozialisten, noch national. Sozialisten wurden von ihnen verfolgt und ermordet, sie selbst wurden dafür von den Kapitalisten an Macht und Geld gelassen. Mit der Nation meinten sie es jedoch auch nicht gut. Wer die besten Deutschen - z. B. Albert Einstein, Kurt Tucholsky, Bertolt Brecht oder Marlene Dietrich - aus Deutschland verjagt, der meint es nicht gut mit diesem Land. Wer Millionen Deutsche in den Tod jagt, der meint es nicht gut mit Deutschland. Wer andere Länder durch militärische Aggression zum Krieg gegen Deutschland zwingt, der meint es auch nicht gut mit Deutschland. Wer es aber gut mit Deutschland meinte, der musste gegen die Nazis sein. Wer heute ein multikulturelles Deutschland will, der meint es gut mit diesem Land. Er muss gegen die Nazis um Deutschland kämpfen - sie wollen ein anderes Deutschland.

Nationale Frage als revolutionäre Frage

Als in Cuba 1959 die Revolution siegte, war es eine nationale Revolution. Der Diktator Batista wurde verjagt, weil er zusammen mit einer kleinen kubanischen Clique die

2 Karl Marx, Friedrich Engels: Manifest der kommunistischen Partei, Berlin 1973 (Text von 1848), S. 64.

3 Marx, Engels: Manifest, S. 65.

Unterdrückung und Ausbeutung Cubas durch die USA sicherte und von ihr profitierte. Aber es lag in der Logik der nationalen Revolution, die Eigentumsverhältnisse zu ändern und zur sozialen Revolution zu werden. Was den US-Konzernen und ihren cubanischen Verbündeten genommen wurde (nationale Revolution), wurde in den Dienst des cubanischen Volkes gestellt (soziale Revolution). (Was seine Revolution so toll fand, dass es andere Völker, z.B. über medizinische Hilfe für Afrika, daran teilhaben ließ. Nationale Selbstbestimmung und internationale Solidarität gehören hier zusammen.)

Die Wiedererlangung der Würde nach nationaler Unterdrückung durch eine nationale Revolution wurde zur Triebkraft der sozialen Revolution. Auch die Entwicklung Venezuelas seit 1999 mit Hugo Chavez folgt diesem Muster. Die Erfahrung der Geschichte ist: keine soziale Befreiung ohne nationale Emanzipation.

Ein Lied sagt mehr als tausend Worte

Kinderhymne

Anmut sparet nicht noch Mühe
Leidenschaft nicht noch Verstand
Daß ein gutes Deutschland blühe
Wie ein andres gutes Land.
Daß die Völker nicht erleichen
Wie vor einer Räuberin
Sondern ihre Hände reichen
Uns wie andern Völkern hin.
Und nicht über und nicht unter
Andern Völkern wolln wir sein
Von der See bis zu den Alpen
Von der Oder bis zum Rhein.
Und weil wir dies Land verbessern
Lieben und beschirmen wir's.
Und das liebste mag's uns scheinen
So wie andern Völkern ihr's.
Bert Brecht, Deutsche Demokratische
Republik, 1950

In diesem Sinne: This Land is your land. This
land is my land – Dies Land ist dein Land.
Dies Land ist mein Land.

Kontakt Florian Höllen

florian.hoellen@linksjugend-solid.de

Die Linke und die nationale Frage

Von Tim Niendorf (Jena) und Clemens Beck (Jena)

Wenn es um die Analyse von Separatismus und damit verbunden um die Frage des Nationalismus geht, muss zunächst eine Unterscheidung zwischen verschiedenen Formen des Separatismus gemacht werden. Grundsätzlich lassen sich dabei drei Formen unterscheiden:

Autonomismus, „unechter“ Separatismus und „echter“ Separatismus. Autonomismus umfasst all die Widerstandsbewegungen, die grundsätzlich die Autorität des „Mutterlandes“ anerkennen, aber hierin eine möglichst große Autonomie anstreben, typische Beispiele sind die Position des Dalai Lamas zur Tibetfrage oder die der heutigen schottischen und walisischen Nationalisten. Das zentrale Problem dabei ist, dass eine Umsetzung nur in Staaten möglich ist, die auf einem abstrakten Identitätsgerüst fußen. Ethnie kann dies nicht leisten, daher ist ein funktionierender Autonomismus nur in Staaten vorstellbar, die auf einer gemeinsamen historisch oder kulturell begründeten Identität beruhen und grundsätzlichen Raum für unterschiedliche Nationalitäten lassen. An dieser Stelle ergibt sich eine Unterscheidung in zwei Formen des Nationalismus, die an späterer Stelle nochmals Bedeutung erlangen. So lässt sich der klassische ethnische Nationalismus vom sogenannten Verfassungspatriotismus unterscheiden.

Der „unechte“ Separatismus dagegen strebt nach einer Unabhängigkeit vom „Mutterland“, ohne allerdings eine politische Eigenständigkeit zu beanspruchen, bzw. wird diese nur als Übergangslösung bis zu einer Vereinigung mit dem vermeintlich wirklichen Heimatland angesehen. Diese Konfliktform umfasst die meisten aktuellen Separatismusbewegungen, z.B. Südostetien, Transnistrien und Nordirland. Typisch ist diese Form des Separatismus für ethnische Mischgebiete, da hier häufig territoriale Forderungen von Drittstaaten deutlich gemacht werden. Für die linke Theorie ergibt sich daraus das Problem, dass es letztlich nicht um die Umsetzung der

Unabhängigkeit dieser Völker geht. Stattdessen versuchen die entsprechenden Drittstaaten ihre eigenen Ansprüche über die jeweilige „Befreiungsbewegung“ durchzusetzen. Derartige Konflikte erfordern daher im Wesentlichen eine Analyse der Beweggründe der Drittstaaten und der Mutterländer, nicht der „Freiheitskämpfer“, da letztlich die Drittstaaten den entscheidenden Einfluss auf die Separatisten haben und diese kaum unabhängig agieren können.

Der „echte“ Separatismus dagegen verliert an politischer Bedeutung, da viele der entsprechenden Konflikte nach dem Ende des Kalten Krieges in der Unabhängigkeit endeten, zu den noch ungelösten Fragen gehören heute die Westsahara, der uigurische Separatismus, die Kurdenfrage und die Unabhängigkeitsbestrebungen der Tamilischen Befreiungstiger. Daneben gibt es zwei Sonderfälle, nämlich der China-Taiwan-Konflikt und die Koreafrage, die allerdings aufgrund ihrer spezifischen Herkunft aus dem Kalten Krieg nicht als klassische Separatismusfragen zu werten sind. Nach dieser Einteilung stellt sich nun die Frage, wie sich die „linke“ Theorie zu diesen Fragen verhält, und welche Position die Linke heutzutage dabei beziehen sollte. Grundsätzlich kann man seitens der theoretischen Herangehensweise zwei Formen unterscheiden, den Antiimperialismus und den sozialen Imperialismus (Anm.: nicht Wehlers Theorie des Sozialimperialismus¹). Der Grundgedanke hinter dem Konzept des Antiimperialismus ist der doppelte Charakter des Nationalismus, nach Lenin kann Nationalismus sowohl von Nutzen für die sozialistische Bewegung, als auch von Nachteil sein. Ehemals kolonial unterdrückte bzw. „fremdbesetzte“ Völker müssen demnach über Nationalismus (als Bindeglied der verschiedenen gesellschaftli-

¹ Hans-Ulrich Wehlers Theorie besagt, dass Imperialismus im Wesentlichen aus dem Versuch der Großmächte erwächst, innenpolitische Krisen und Konflikte durch außenpolitische Stärke und Erfolg zu überdecken. Die Vermittlung eines radikalen Nationalismus spielt für den Erfolg dieser Taktik eine entscheidende Rolle.

chen Klassen und Gruppen) den westlichen „nation building“-Prozess vollziehen. Nationalismus erfüllt an dieser Stelle zwei Funktionen, erstens die Sammlung aller gesellschaftlichen Gruppen unter einem gemeinsamen Banner, zweitens die Abwehr, sowohl der Besatzer, als auch anderer historisch „überkommener“ religiöser oder tribalistischer Gruppierungen. Die kritische Frage ist die, wann der Scheitelpunkt erreicht ist, an dem dieser Nationalismus seinen emanzipatorischen Charakter verliert und von den vormals Unterdrückten selbst zur Unterdrückung genutzt wird.

Dieser ist spätestens dann erreicht, wenn der Prozess der „Nationsbildung“ abgeschlossen ist, d.h. man von einem selbstständig überlebendigen Staat im modernen Sinne sprechen kann. An diesem Punkt scheitern jedoch die meisten Befreiungsbewegungen, die den Nationalismus auch nach der Staatsformation zum bestimmenden Element ihrer Politik werden ließen, typische Beispiele dafür sind die Nachfolgestaaten der Sowjetunion und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien.

Die vermeintliche Unterdrückung durch die jeweilige ethnische Mehrheit (Russen/Serben) wurde in der Gründungsphase zur entscheidenden Rechtfertigung der Separation. Zudem erhielt die Betonung der eigenen nationalen Identität einen massiven Aufschwung durch die vormalige völlige Zurückstellung ethnischer Differenz unter dem Banner einer allumfassenden völkerübergreifenden Identität (Jugoslawismus, Sowjetnationalismus). Zentral ist also die Frage, wie es die jeweilige „Befreiungsbewegung“ mit dem Internationalismus hält.

Dabei kann nicht allein die Tatsache, dass Verbindungen zu anderen Gruppierungen in ähnlichen Situationen existieren, ausreichen. Vielmehr muss überprüft werden, um welche Gruppen es sich dabei handelt, und ob Verbindungen zu anderen sozialistischen Parteien bestehen. Genau an dieser Stelle mangelt es oftmals an Reflektion seitens der „Befreiungsbewegungen“ und es kommt zu Bündnissen zwischen Linksnationalisten, Faschisten und Sozialisten auf der bloßen Grundlage eines vermeintlich „gleichen“ Freiheitskampfes. Der „soziale

Imperialismus“ dagegen ist ein Konzept, welches seinen Ausgangspunkt im englischen „Fabian-Sozialismus“ der 1890er Jahre nahm. Der dahinter stehende Grundgedanke ist der, dass die imperialen Staaten über einen gesellschaftlichen Vorsprung gegenüber tribalistischen oder feudalen Staaten verfügen und daher aus Sicht des „historischen Materialismus“ eine Vorreiterrolle bei der weltweiten Durchsetzung der liberal-kapitalistischen Gesellschaftsordnung besitzen.

Die Etablierung multiethnischer Großreiche oder kolonialer Staaten führt demnach zum Aufbau kapitalistischer Strukturen in „rückständigen“ Staaten, die selbst zur Bildung einer bürgerlichen Demokratie noch nicht in der Lage sind. Nationalismus an der Peripherie dieser Reiche würde dagegen zu „Kleinstaaterei“ und damit zu dauerhafter gesellschaftlicher Rückständigkeit führen. Hierin offenbart sich das große Grundratschlagproblem des Nationalismus.

Wenn einmal der Weg geöffnet ist für einen „begrenzten“ Nationalismus im Zuge des Befreiungskampfes kann sich dieser leicht „verselbstständigen“ und im Laufe eines längeren politischen Konflikts zur eigentlichen treibenden Kraft werden. Dieser Fall trat u.a. in Nordirland ein, als sich in den 70er Jahren die IRA in einen extrem nationalistischen und einen marxistischen Flügel spaltete. Andererseits erschwert sich die Möglichkeit der Versöhnung zwischen ehemaligen Besatzern und Besetzten, wenn solange der Nationalismus eine entscheidende Rolle im Souveränitätskonflikt spielte. Eine Erhaltung der territorialen Integrität der Großmächte und der Zusammenschluss der SozialistenInnen von Zentrum und Peripherie könnte sich dagegen der bestehenden Strukturen bedienen, um Reformen, sowohl im Mutterland, als auch in den Kolonien oder nicht-„mutterländischen“ Regionen durchzusetzen. Dieser Gedanke spielte bei der Gründung der Sowjetunion und Föderalistischen Volksrepublik Jugoslawien eine entscheidende Rolle, da die politische Führung in beiden Fällen zu der Ansicht kam, dass die Auflösung der vormaligen Großreiche und die Bildung einzelner ethnischer Nationalstaaten verheerende Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen

den einzelnen Völkern haben würde und letztendlich nicht zur Beseitigung des Nationalismus, sondern zu dessen Verstärkung führen würde.

Wie ist nun das Phänomen „Nationalismus“ zu bewerten? Zunächst ist festzuhalten, dass der historische Übergang zum Nationalismus/nationaler Selbstständigkeit durch die Französische Revolution von entscheidender Bedeutung für die Entstehung der sozialistischen Bewegung, sowie die Formierung der modernen Massengesellschaft war. Erst durch das Verständnis der Völker als einzelne, einheitliche nations wurden überständische Gesellschaftsphänomene, wie der Republikanismus oder die *levée en masse* überhaupt möglich. Im Zuge der Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaftsweise entstand die Notwendigkeit, alte gesellschaftliche *cleavages*, wie Religion, Kaste oder Stand zu überwinden.

Unter dem altständischen Privilegientssystem wurde die Entwicklung der Wirtschaftskräfte gehemmt und es entstand ein gravierendes Missverhältnis zwischen wirtschaftlicher Potenz und politischer Partizipation der gesellschaftlichen Schichten. Der Nationalismus übernahm hierbei die Rolle der gemeinsamen Identitätsschaffung, die eine grundsätzliche Beteiligung aller Bürger an der Politik (auf Basis der Gleichheit) jenseits von historischen Vorrechten ermöglichen konnte. Erst die Absolutheit nationaler Identität schuf ein gemeinsames Bewusstsein zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen (zumindest für eine kurze Zeit). Aus diesem Gleichheitsversprechen wiederum entstand die Soziale Frage, die anfänglich zunächst nur eine jeweils nationale war, geboren aus der nicht eingelösten materiellen Gleichheit. Als offensichtlich wurde, dass die Entwicklung des Kapitalismus in allen westeuropäischen Ländern ähnlich verlief, erhielt die Soziale Frage ihr „internationalistisches“ Element.

Die soziale Ungleichheit innerhalb der modernen Nationalstaaten wurden seitens linker Theoretiker nicht mehr als Probleme eines nationalen Ressourcenmangels wahrgenommen, der nur durch Expansion zu lösen sei, sondern als Folge der kapitalistischen Wirtschaftsweise erkannt. Marx leitete daraus ab, dass „die Proletarier kein Vaterland besitzen“, da

ihre Verelendung und Armut eine Folge der Mehrwertproduktion sei und diese selbst bei einem ausreichenden Vorhandensein von Ressourcen weiter existieren würde. Das Konzept des „Vaterlands“ wäre demnach für den Arbeiter überflüssig, weil es ihm unabhängig seiner nationalen Herkunft überall auf Erden das gleiche Schicksal bereithalten würde.

Nach Marx Ansicht lag die entscheidende Konfliktlinie der Politik nicht zwischen den Interessen der einzelnen Staaten, sondern zwischen Kapital und Arbeit. Deshalb würde der Nationalismus nur dazu dienen, die Einigkeit zwischen den Arbeitern aller Länder zu untergraben, indem vermeintliche „nationale Interessen“ denn „Klassenkampf“ überdecken sollten. Auf das sozialistische Konzept folgten zwei wesentliche Antworten, nämlich Imperialismus und Faschismus. Der Imperialismus übersteigerte den Nationalismus in der Form, dass durch die gezielte Ausbeutung „minderwertiger“ Völker der Reichtum für die Überwindung der gesellschaftlichen Gegensätze im Zentrum geschaffen werden sollte. Dieser sollte im Mutterland den „sozialen Frieden“ erhalten und gleichzeitig allen Bevölkerungsgruppen das Gefühl von nationaler Größe und Überlegenheit vermitteln, um die entscheidende Konfliktlinie zwischen Arbeit und Kapital zu überdecken. Der Faschismus griff diesen Gedankengang auf, ergänzte ihn aber um das Konzept der „solidarischen Volksgemeinschaft“.

Es ging nun nicht mehr darum, bloß Konflikte zu überdecken, sondern sie im Rahmen eines einzelstaatlichen Sozialismus zu „lösen“. Beide Ansätze offenbarten dabei, dass sie in keiner Form in der Lage waren, die sozialen Probleme des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jhr. zu lösen. Ihr Ziel bestand allein in der Überdeckung viel tiefer liegender Konflikte durch das Konstrukt „nationalen Zusammenhalts“. Aus den Erfahrungen des Imperialismus und Faschismus entstand in Westeuropa die Trennung von ethnischem Nationalismus und Verfassungspatriotismus. So sollte in den demokratischen Staaten der Nationalismus durch ein abstrakteres Phänomen abgelöst werden, nämlich die Verfassung. Die Aufgabe der Verfassung bestand darin eine neue Form von Nationalismus zu

bilden, der unabhängig vom diskreditierten „rassischen“ Element existieren konnte und sich an einer überethnischen Identität orientieren sollte. Die Bildung dieses Abstraktums, welches in vielen Ländern keine historische Grundlage besaß erfüllte jedoch seine Aufgabe nicht. Stattdessen wurde es zum Deckmantel für Kritik an „Überfremdung“ und linken „vaterlandlosen Gesellen“.

Insbesondere von Seiten der bürgerlichen Rechten wird der Verfassungspatriotismus ähnlich dem klassischen Nationalismus verwendet, indem Migranten und nicht-westlichen Ausländern ein völliges Unverständnis der demokratischen Rechtsordnung unterstellt wird. Der einzige Unterschied besteht zwischen beiden Formen besteht darin, dass sich die bürgerliche Rechte über die Verfassung gleichzeitig von den radikalen Neonazis abgrenzen kann und sich damit den Anschein von rechtlich einwandfreier und berechtigter Kritik verschafft.

Die Hoffnung nach einem Ende der nationalistischen Bigotterie in Europa, insbesondere aufgrund der Erfahrung seiner Folgen durch den 1. Weltkrieg und den Holocaust hat sich nicht erfüllt. In Anbetracht wachsender Globalisierung und immer noch ungeklärter Verteilungskonflikte wird er wieder zum Dreh- und Angelpunkt politischer Fragen. So äußerte der griechisch-deutsche Kommunist und Politikwissenschaftler Panajotis Kondylis am Beginn der 90er Jahre in seinem Buch „Planetarische Politik nach dem kalten Krieg“, dass bedingt durch den Zerfall der Sozialmilieus in der globalisierten Welt und die ungelösten Verteilungskonflikte, sich die Menschen letztlich auf das zurückziehen, was für sie nach außen hin am einfachsten erkenntlich ist, nämlich ihre Ethnie. Dieses Problem zeigt sich verstärkt bei den „Befreiungsbewegungen“, da (indem Fall das sie überhaupt geübt) die Kapitalismus-/Imperialismuskritik sich fast ausschließlich auf die vermeintlichen direkten „Unterdrücker“ konzentriert. So wird die Verantwortlichkeit für die eigene missliche Lage dem „Mutterland“ zugeschoben und abstrakte politische Verhältnisse gezielt personalisiert, während die eigene Opferrolle und nationale Gemeinschaft betont wird.

Welche Mittel kann man nun der/dem interessierten Linken zur Lösung des

Separatismus/Nationalismusproblems an die Hand geben? Zunächst sollten die beteiligten Akteure festgestellt werden, hinter jedem dieser Konflikte stehen mehr Parteien, als nur die Separatisten und die staatliche Autorität. Meist stehen hinter den primären Akteuren Drittstaaten, die direkt in die Prozesse eingreifen und jeweils eigene Ziele verfolgen. Auf höherer Ebene kommen oft noch die Großmächte hinzu, die sowohl Einfluss auf die direkt Beteiligten als auch auf die Drittstaaten ausüben. Nebenher können politische Parteien oder andere nichtstaatliche Spieler auftreten. Typische Beispiele hierfür sind Unternehmen oder „befreundete“ Gruppierungen, verwiesen sei an dieser Stelle nur auf die Eingriffe der United Fruit Company und Bacardi Limited in die südamerikanische Politik, sowie die „solidarische“ Entführung der Landshut durch die PFLP, zur Freipresung RAF-Inhaftierter. Nach der Feststellung aller Beteiligten sollte es gelten, die verschiedenen Zielsetzungen zu analysieren und den Einfluss der jeweiligen Gruppen zu gewichten. Häufig wird sich die Feststellung einstellen, dass die primären Konfliktparteien eigentlich die schwächsten sind und nur in den seltensten Fällen den Ausgang selbst bestimmen.

Dementsprechend darf man seine Beurteilung nicht allein nach ihren Interessen ausrichten, sondern muss vielmehr die Gesamtheit aller Interessen einer Seite zusammen sehen. So kann es kein einheitliches Urteil über den Separatismus geben, vielmehr sollte man Lenins Prinzip vom „Takt des Urteils“ folgen und jede Befreiungsbewegung gesondert in ihrem jeweiligen historischen Umfeld bewerten. Zuletzt sollte auch die Zukunftsperspektive nicht aus dem Blick geraten, da viele Neugegründete Staaten zu großen Teilen von der Internationalen Gemeinschaft/den sie unterstützenden Drittstaaten abhängen (die typischen Bsp. dafür sind/wären das Kosovo, Palästina, Abchasien, Südossetien).

Kontakt Clemens Beck

clemens.beck@web.de

Kontakt Tim Niendorf

timniendorf@t-online.de

Zwischen Revolution und Nationalismus – eine Positionierung zum Vorgehen der sog. Befreiungsbewegungen

Von Tim Niendorf (Jena) und Benjamin-Christopher Krüger (Berlin)

Seit dem Ende des Ost-West-Konflikts erleben nationalistische Strömungen (nicht nur im ehemaligen Ostblock) eine neue Blütezeit, nahezu alle bewaffneten Konflikte der Erde werden heute in mehr oder weniger starker Weise vom Nationalismus beeinflusst. Besonders auffällig ist dabei, dass früher ideologisch geprägte Auseinandersetzungen durch den Verlust sowjetischer Unterstützung zusammenbrachen, oder ihre ideologische Komponente verloren und in sich ethnische Gegensätze umdefinierten. Für die Linke ergibt sich daraus das Problem eine klare Stellung zu beziehen, da sich jetzt nicht mehr sozialistische und staatliche Akteure gegenüberstehen. Hinzu kommt, dass neben dem alten Konflikt zwischen Regierung und Rebellen heute immer häufiger radikale Organisationen gegeneinander antreten und die staatliche Gewalt nur eine untergeordnete Rolle spielt. Insgesamt mangelte es an einer entschiedenen Diskussion über eine Neuorientierung gegenüber den „klassischen“ Befreiungsbewegungen, die auch heute noch von vielen Linken aus der Warte des Kalten Krieges bewertet wird.

Vor dem Hintergrund des Konfliktes der Sowjetunion mit den Vereinigten Staaten konnte es lediglich ein (scheinbar) eindeutiges Schwarz-Weiss-Denken geben, alles andere hätte der gepredigten Totalität der Auseinandersetzung keine Rechnung getragen und wäre mit der Vorstellung des unmittelbar bevorstehenden finalen Kampfes um die Weltherrschaft unvereinbar gewesen. Die westdeutsche Linke meinte hier den Stein der Weisen gefunden zu haben, indem sie sich von den USA und den Staaten des real existierenden Sozialismus gleichermaßen abzusetzen versuchte und ihre grundsätzliche (vollkommen unkritische) Solidarität mit allen sog. Befreiungsbewegungen verkündete. Inwieweit bei diesen Anspruch und Realität übereinstimmten spielte dabei eine untergeordnete

Rolle, ebenso wenig, ob sich die jeweiligen sog. Befreiungsbewegungen eines offenen Antisemitismus, radikalen Nationalismus oder Terrors gegen die Zivilbevölkerung bedienten, was sicherlich nicht Grundlage jeder aber doch vieler Bewegungen war. Gestützt wurde diese Vorstellung durch die Idee des „Antiimperialismus“, welcher aus Lenins Theorie über den „Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ abgeleitet wurde. Der „Antiimperialismus“ besaß dabei für die westdeutsche Linke ebenfalls instrumentellen Charakter, um sowohl die Politik der USA, als auch die der Sowjetunion zu delegitimieren. Beide Großmächte wurden als Feinde von Freiheit und nationaler Selbstbestimmung definiert. Bei der „Analyse“ von Lenins Theorien durch die deutsche Linke traten jedoch massive Mängel und Wissenslücken auf: Hervorgehoben wurden stets die außenpolitischen Monopolisierungstendenzen der „bürgerlichen“ Industrienationen, welche sich aus dem inneren Wachstumszwang des kapitalistischen Systems ergeben. Westliche Nationen versuchten demzufolge die Länder der Dritten Welt politisch und militärisch zu dominieren, um sich Rohstoffquellen und Absatzmärkte zu sichern, oder strategische Stützpunkte zu erschließen. Klassische Mittel dazu waren und sind militärische Sanktionen oder die Ausnutzung der wirtschaftlichen Abhängigkeit der Entwicklungsländer. Transportiert werden diese „imperialistischen“ Bestrebungen über Verteidigungsbündnisse, wie die NATO oder die wirtschaftspolitische Institutionen des IMF, der Weltbank usw. Die Sowjetunion dagegen galt als Land, das den Sozialismus verraten hatte und dabei war, einen „Staatskapitalismus“ aufzurichten, der ähnlichen Unterdrückungsmechanismen folgte, wie der westliche Kapitalismus.

Die Unterstützung von Widerstandsbewegungen durch beide Länder (auf sowjetischer Seite z.B. PLO, IRA, FARC und MPLA,

auf amerikanischer Seite z.B. UNITA, FNLA und Mudschaheddin, später bosnische und kroatische Separatisten) wurde als rein instrumentell, lediglich auf die Durchsetzung der jeweiligen Großmachtinteressen gerichtet, bewertet. Die Linke sah sich dagegen als einzigen echten Unterstützer der Sache der Befreiungskämpfer. An dieser Stelle endete jedoch meist die Analyse und die Politik Großmächte wurde als letztlich „imperialistisch“ und „ausbeuterisch“ beurteilt. Die grundsätzliche Frage ist nach Lenin jedoch nicht die, wer als Aggressor oder Verteidiger in einem politischen Konflikt auftritt, sondern welche Interessen hinter den Konfliktparteien stehen und ob diese im Sinne des historischen Materialismus als gesellschaftlich fortschrittlich zu bewerten sind.

Dementsprechend können auch „bürgerliche“ Staaten als Träger nichtimperialistischer sondern fortschrittlicher Außenpolitik auftreten, nämlich an den Stellen, an denen sie gegen rückschrittliche oder historisch überkommene Gesellschaftszustände angehen. Übertragen auf die Frage des Nationalismus ergibt sich daraus, dass grundsätzlich nur die Befreiungsbewegungen zu unterstützen wären, die den Nationalismus als bloßes Bündelungsmittel für alle progressiven gesellschaftlichen Schichten nutzen. Lenin trennt den Nationalismus in zwei verschiedene Formen, den „emanzipatorischen“ und den chauvinistischen Nationalismus, wobei ein Umschlagen der auf Befreiung gerichteten „emanzipatorischen“ Variante meist direkt nach der Erlangung der Unabhängigkeit erfolgt. An diesem Punkt scheitern nahezu alle Separatismusbewegungen, denn die Konsequenz der Abspaltung ist für die meisten neuentstehenden Staaten eine infrastrukturelle und wirtschaftliche Schwäche, welche aus der „Kleinheit“ der neuen Staaten resultiert, die sie selbst nicht kompensieren können. Zum Ausgleich wird die Schuld an Armut und Unterentwicklung

gezielt auf das ehemalige „Mutterland“ oder den „Imperialismus“ der Großmächte projiziert. Inwieweit dies der Wahrheit entspricht spielt für die jeweilige Bewegung keine Rolle, denn es ist die daraus resultierende Folge, nämlich der Rückzug auf die eigene nationale Identität und Beschwörung einer ethnischen „Schicksalsgemeinschaft“, die zum entscheidenden Faktor wird. Ein weiteres Problem besteht darin, dass viele Linke den „nationalen Befreiungskampf“ mit der „revolutionären Tat“ gleichsetzen, dabei haben die meisten Rebellenorganisationen keinerlei revolutionären Anspruch oder Impetus. Die Voraussetzung für ein „revolutionäres“ Prädikat ist aber das Ziel der Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und ein progressives und emanzipatorisches Selbstverständnis, nicht bloß die Propagierung des Rechts auf Selbstbestimmung.

Die Nichtbeachtung dieses Unterschieds tritt am stärksten bei der Beurteilung des Nahostkonflikts auf, hier erhalten völlig „unrevolutionäre“ Befreiungsbewegungen, wie die Hisbollah und Hamas von Seiten der Linken häufig große „Solidaritätsboni“. Zwar mag es der Wahrheit entsprechen, dass insbesondere die Hamas sich „antikapitalistisch“ gibt und es in ihren Grundsätzen teilweise auch ist, es muss jedoch ein Blick auf die Hintergründe dieses „Antikapitalismus“ geworfen werden. Diese Begründung ist eindeutig religiösen und tribalistischen Ursprungs, das westliche Wertesystem mit seinen Ausprägungen des modernen Staates und der „bürgerlichen“ Demokratie wird als „unislamisch“ und Gefahr für die traditionelle arabische Kultur angesehen. Ähnlich der Kritik der Nationalsozialisten wird der Kapitalismus abgelehnt, weil er die Auflösung alter Gemeinschaften und sozialer Ordnungsprinzipien zur Folge hat. An die Stelle der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft wird hier die umma, die Gemeinschaft aller Gläubigen gesetzt. Statt individueller Freiheit wird das Ideal einer Stammesgesellschaft hochgehalten, in der der Einzelne seine festgeschriebene und gottgewollte Rolle einnimmt und keinen Wert ohne das Kollektiv hat.

Die Aufgabe des Nationalismus ist aber eben genau die Abwehr solcher überkommener tribalistischer und religiöser Konzepte. Zwar

soll auch er eine Gemeinschaft konstituieren, allerdings auf einem abstrakten Prinzip, dass nicht auf konkreter Abhängigkeit von den anderen Mitgliedern baut, sondern auf dem Grundsatz gleichberechtigter Partizipation innerhalb einer Republik. Der klassische Nationalismus der französischen Revolution erhielt seine Unterstützung gerade durch das Bewusstsein der Bevölkerung ein gleichberechtigter und vor allen Dingen mitbestimmender Teil der „nation“ zu sein. Bei der Identifizierung vieler Linker mit Gruppen wie der Hamas oder Hisbollah, scheint also eine seltsame Verkennung der Realität vorzuliegen. Es handelt sich hierbei eben nicht um „Freiheitsbewegungen“ oder um ideologisch geschlossene revolutionäre „Zellen“, ja nicht einmal um klassische Nationalisten, sondern um das, was Marx als Lumpenproletariat bezeichnet.

Einen aufgebrauchten Pöbel, welcher unter dem Deckmantel einer scheinbar gerechten Sache mordet, plündert und zerstört. Marx verweist bereits im 18. Brumaire des Louis Bonaparte auf die Gefahren, die von dieser niedersten Schicht der Gesellschaft ausgehen. Unter dem Begriff darf dabei nicht allein eine Gruppe von Kriminellen, Tagelöhnern und Abenteurern verstanden werden, es handelt sich vielmehr um ein Phänomen, dass alle gesellschaftlichen Schichten durchzieht.

Das Lumpenproletariat weist dabei keinerlei eigenes Klassenbewusstsein auf. Es erkennt nicht die Hintergründe seiner Entfremdung innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft, stattdessen sehnt es sich nach Ordnung und Zusammenhalt in einer Welt deren Hintergründe es nicht versteht und deren abstrakte Entfremdungsverhältnisse es sich nur über Personalisierung und Schuldzuweisungen an andere Menschen erklären kann.. Dementsprechend ist dieser Pöbel bereit sich jedem anzuschließen, der nur ausreichende „Heilsversprechen“ macht oder die Wärme der nationalen oder religiösen „Gemeinschaft“ beschwört.

Ebenfalls kritisch ist ein Faktor, der die Befreiungsbewegungen selbst betrifft, die meisten dieser Gruppen unterhalten enge Kontakte zu ähnlichen Organisationen, obwohl die Unterschiedlichkeit in Ausgangssituation und Anspruch des Widerstandskampfes weit auseinander gehen kann.

Eine Abwägung bei dieser Bündnisbildung findet meist nicht statt, typische Beispiele für solche seltsamen Verbrüderungen sind die Beziehungen der ehemals marxistischen IRA zur links-nationalistischen ETA und der politisch kaum einzuordnenden PLO. Ebenso verwunderlich erscheint das, erst vor wenigen Monaten gescheiterte Bündnis zwischen der orthodox-kommunistischen FARC und der rätedemokratischen ELN. Für den „gemeinsamen“ Befreiungskampf werden demnach des Öfteren alle ideologischen Grundfesten über Bord geworfen.

Ein weiterer Konfliktpunkt liegt im Terrorismus begründet, obwohl diese Frage eigentlich längst geklärt sein müsste.

Bereits auf den Treffen der 1. Internationale entstand die Konfrontation zwischen den Befürwortern (um Bakunin) und den Gegnern (um Marx), welche schließlich im Ausschluss Bakunins aus der Internationale gipfelte. Viele Linke rechtfertigen jedoch die Anwendung von Terror durch die asymmetrische Kriegsführung zwischen hochtechnisierten staatlichen Armeen und schlecht ausgerüsteten Guerillas (wobei letzteres auf die meisten der aktuellen sog. Befreiungsbewegungen nicht mehr zutrifft). Auch dieses Problem zeigt sich am stärksten am Nahostkonflikt. Das Grundproblem ist jedoch nicht allein die asymmetrische Kriegsführung, sondern ebenso die fehlende Verantwortlichkeit von Rebellengruppen gegenüber der Bevölkerung oder dem Völker- und Kriegsrecht. Der politischen Führung Israels kann kaum daran gelegen sein, einen militärischen Konflikt zu führen, den sie nicht gewinnen kann.

Sie trägt im Gegensatz zu den „Befreiungsbewegungen“ einen staatlichen Schutzauftrag gegenüber ihrer Bevölkerung und deren Leben. Der asymmetrischen Kriegsführung (soweit man Terror als solche bezeichnen kann) der arabischen Terrorgruppen ist mit konventionellen Waffen allerdings kaum beizukommen. Die Hamas und Hisbollah dagegen unterliegen keinerlei Verantwortung, ihre Macht beruht auf dem nicht aufgelösten Konflikt. Erst die fehlenden staatlichen Institutionen und das politische Machtvakuum ermöglichen diesen Gruppen den Aufbau ihrer kriminellen Strukturen. Terror fungiert dabei nicht bloß als Mittel der Bekämpfung Israels, sondern dient

zusätzlich zur Stärkung des eigenen Rückhalts. Die israelische Führung kann auf Grund ihrer politischen Verantwortlichkeit nicht einfach zusehen, wie das Leben ihrer Staatsbürger gefährdet wird, sondern muss Reaktionen auf die ständigen Anschläge und Raketenbeschüsse zeigen.

Die Terrorgruppen wiederum deuten diese Maßnahmen gegenüber der arabischen Bevölkerung als gezielte Unterdrückungsaktionen der Israelis um. So wird beispielsweise der Bau der israelischen Grenzanlagen nicht als Sicherheitsvorkehrung, die auf eine reale Bedrohung hin gebaut wurde, dargestellt, sondern als Versuch die „Landnahme“ Israels nachträglich zu manifestieren. Durch derartige „Uminterpretierung“ von Gegenreaktionen, die letztendlich von den Terroristen selbst verursacht werden, wird der Zorn der arabischen Bevölkerung gesteigert und der eigene Rückhalt der Hamas gestärkt. Diese Vorwürfe richten sich auch gegen andere Rebellengruppen, am häufigsten gegen die FARC, die von vielen westlichen Staaten nicht mal mehr als Terrororganisation, sondern als bloße kriminelle Bande ohne jeden politischen Anspruch gesehen wird.

Ausgerechnet im Nahen Osten bündeln sich also alle vorher genannten Probleme und trotzdem ist die Solidarität mit den palästinensischen Rebellengruppen von Seiten der Linken viel größer als gegenüber Organisationen, die zumindest vorgeben linksradikal zu sein (oder es einmal waren), wie die IRA oder FARC. So besitzen fast alle

arabischen Gruppen kein klares politisches Profil, bedienen sich viel eher religiöser und antiprogressiver, als sozialistischer (oder zumindest nationalstaatlicher) Rhetorik und sehen den Terror als entscheidendes Element ihres Kampfes. Neben diesen sowieso schon kritischen Punkten stellt sich zusätzlich die Frage der Perspektive, die nicht sehr positiv ausfällt. Ein konsequentes Programm zur Problemlösung in den Palästinensergebieten konnte die Hamas bisher nicht vorlegen, geschweige denn umsetzen. Und selbst wenn sie über ein solches verfügen sollte, bleibt die Frage, inwieweit der geforderte palästinensische Staat (besonders unter Führung der Hamas) momentan überhaupt „lebensfähig“, oder letztlich völlig abhängig von internationaler Unterstützung wäre. Demnach ist nicht die Gründung des palästinensischen Staates die Lösung aller Probleme zwischen Juden und Arabern, wie es so häufig propagiert wird, sondern die Lösung der Probleme Grundvoraussetzung für die Gründung eines arabischen Staates. Die Aufgabe der israelischen Regierung besteht nun darin, eine konstruktive Politik in der Region voranzutreiben, die progressiven Kräfte innerhalb der Palästinensischen Autonomie gegen die Extremisten zu stärken und gleichzeitig im innerisraelischen Konflikt den radikalen Kräften Einhalt zu gebieten, da nur so die Grundlage für eine effektive Zwei-Staaten-Lösung möglich ist.

Mit dem Ende des Kalten Krieges vor nunmehr 18 Jahren sollte also eigentlich die

Zeit gekommen sein, die alten Denkmuster über den „Befreiungskampf“ zu überdenken. Die abschließende Frage, die sich stellt ist, ob man heute noch eine uneingeschränkt Solidarität zu allen Befreiungsbewegungen verkünden muss oder nicht vielmehr auf Seiten der „bürgerlichen“ Staaten stehen sollte? Eine absolute Wahrheit kann es bei dieser Frage nicht geben, vielmehr sollte man sich auf das verlassen, was Lenin als den „Takt des Urteils“ bezeichnet, in diesem Fall die Abwägung, welche Seite eher geneigt ist die Ideale von Aufklärung und Fortschritt durchzusetzen. Die theoretischen Grundlagen der sozialistischen Bewegung sind seit jeher mit dem Gedanken an die Progressivität der menschlichen Gesellschaft verbunden. Wer der Träger dieser Progressivität ist, ist dabei von der jeweiligen historischen Situation abhängig. Sowohl bei Marx, als auch bei Lenin finden wir nun den Aufruf, dass sich die sozialistische Bewegung überall dort mit den fortschrittlichen Kräften solidarisieren sollte, wo sie selbst zu schwach ist die politische Führung zu übernehmen. So unangenehm es vielen Antiimperialisten und Antiimperialistinnen auch erscheinen mag, sind dies heutzutage in den wenigsten Fällen die so genannten „Befreiungsbewegungen“.

Kontakt Tim Niendorf

timniendorf@t-online.de

Kontakt Benjamin-Christopher Krüger

benjamin.krueger@bak-shalom.de

Patriotinnen sind Idiotinnen?

Von David Werdermann (Telgte)

Die letzten Fahnen, die noch von der Herren-Fußball-Weltmeisterschaft übergeblieben waren, waren noch nicht verschwunden, da kündigte sich Anfang des Jahres an Deutschlands Autos, Balkonen, Fenstern und in den Medien bereits der nächste „schwarz-rot-goldene“ Sommer an. Noch heute erblickt man an verschiedensten Ecken Nationalfahnen. Kehrt bei den Deutschen endlich wieder Normalität in Form eines „gesunden Patriotismus“ ein oder handelt es sich um gefährlichen Nationalismus? Ein Kommentar zum

Stolz der Deutschen, dessen unangenehmen Folgen und UnterstützerInnen, auch bei der LINKEN.

„Wir“ sind wieder wer!

Es ist vollbracht! Man darf endlich wieder stolz auf Deutschland sein. Mit Hilfe von riesigen Medienkampagnen wie „Du bist Deutschland“ oder „Deutschland - Land der Ideen“ ist es gelungen, den Deutschen die Liebe zur Nation näher zu bringen und zu vermitteln, dass Deutschland etwas ganz besonderes ist (Die Deutschen haben

nämlich ganz besonders tolle Ideen!). Das „Wir-Gefühl“ und ein Bekenntnis zu einem „unverkrampten Verhältnis“ zu Deutschland gehören inzwischen zu jeder guten PolitikerInnenrede, und denen, die widersprechen, wird, ohne sich die Kritik überhaupt anzuhören, entgegnet, dass „Nationalstolz in anderen Ländern ganz normal“ und man „als Patriot doch nicht sofort ein Nazi“ sei.

PatriotInnen sind Nazis?

Natürlich sind nicht alle PatriotInnen Nazis oder rechtsextrem, und man kann auch

eine Nationalmannschaft anfeuern, ohne PatriotIn oder NationalistIn zu sein. Nationalstolz wird jedoch durch das Verhalten vieler Fans – nicht aller – bei Turnieren wie denen der Herren-Fußball-Nationalmannschaft deutlich und auch verstärkt: Eine Studie zeigt anhand von Umfrageergebnissen, dass Anteil der PatriotInnen in Deutschland während der Herren-Fußball-WM um circa sieben Prozent auf 86,4 Prozent gestiegen ist. Zugleich habe die Integrationsbereitschaft gegenüber MigrantInnen abgenommen.¹ Dies wirft die Frage auf, ob Patriotismus, auch wenn er nicht rechtsextrém ist, negative Nebenwirkungen hat und ob er überhaupt klar von Nationalismus zu trennen ist.

Patriotismus vs. Nationalismus?

„Ein Patriot ist jemand, der sein Vaterland liebt, ein Nationalist ist jemand, der die Vaterländer der anderen verachtet“, sagte der ehemalige Bundespräsident Johannes Rau und lag damit knapp daneben. Nationalismus bedeutet nämlich nicht nur „Verachtung“ von Nationen, sondern fängt bereits da an, wo Menschen in Nationen eingeteilt werden, und wird noch deutlicher, wenn eine Nation über andere gestellt wird. Beides ist auch beim Patriotismus der Fall: Man bezieht sich positiv auf eine Nation (Stolz oder Liebe), rechtfertigt damit ihr Bestehen und hebt sie von anderen Nationen ab. Die anderen Nationen – inklusive der Menschen, die in diese Nation eingeordnet werden, – werden somit im Verhältnis zur aufgewerteten Nation abgewertet.

Es zeigt sich: Patriotismus ist nicht vom Nationalismus zu trennen, weil er Menschen auf Grund ihrer Nationalität auf- und abwertet, also wegen eines rein äußeren Merkmals, das jeder Mensch von Geburt an aufgedrückt bekommt, womit wir bei der Frage sind, was überhaupt eine Nation ist.

Wer sind eigentlich „wir“?

Eine Nation ist nämlich keineswegs etwas natürliches, sondern ein Konstrukt, d.h. ein von Menschen künstlich geschaffenes Gebilde, das eine bestimmte Personengruppe beinhaltet. Oft wird die Existenz

von Nationen mit gemeinsamen Merkmalen wie Sprache oder Kultur gerechtfertigt. Dass dieses Argumentationsmuster Fehler hat, zeigt sich beispielsweise, wenn ein alternativer Berliner Schüler Übereinstimmung mit seiner streikenden französischen Austauschpartnerin entdeckt, mit seinem konservativen Schulleiter, der ihm keine Rechte und Mitbestimmung einräumt, aber nicht viel gemeinsam hat. Es gibt also keinen Grund, Menschen in nationale Schubladen zu stecken.

Wer die falsche Nationalität hat, bleibt draußen. – Nationen rechtfertigen Ausgrenzung

Es gibt aber ziemlich viele Gründe für die Überwindung von Nationen: Die Nation dient nämlich in vielerlei Hinsicht als Rechtfertigung von Ausgrenzung und Gewalt. An den Grenzen der Festung Europa sterben täglich Flüchtlinge. Schaffen sie es nach Deutschland, so sind sie zahlreichen Schikanen und Sondergesetzen, wie Arbeitsverboten, Sammelunterkünften und sonstigen Diskriminierungen, ausgesetzt. Warum? Weil sie die falsche Nationalität haben.

Die Forderungen nach weltweiter Bewegungsfreiheit und der Abschaffung von nationalen Gebilden sind deshalb eng miteinander verknüpft. Auch Nazis berufen sich auf die Nation, definieren diese jedoch anders als der Staat: Neben der Staatsangehörigkeit (die meistens nach Abstammung erteilt wird) dient Nazis wahlweise „Rasse“, Hautfarbe, sexuelle Orientierung, oder Weltanschauung als Kriterium des Ausschlusses.

„Die neue deutsche Zeitrechnung beginnt 1954 in Bern“² – Nationalstolz und der Schlusstrich

Nationalstolz ist oft mit der Ausblendung von negativen Aspekten, die der verherrlichten Nation zugeordnet werden, verbunden. In Bezug auf die deutsche Geschichte heißt das insbesondere, dass ein Schlusstrich unter die NS-Zeit gezogen wird. So ist beispielsweise auf der Kampagnenhomepage www.stolz-auf-deutschland.de von der Jungen Union Schriesheim zu lesen: „Das ‚Herz Europas‘ hat in den vergangenen

Jahrhunderten der Welt seinen Stempel in vielerlei Weise aufgedrückt; eine Auswahl an Personen, Entwicklungen und Ereignissen auf die wir stolz sein können findet ihr auf dieser Seite.“

In dieser Auswahl ist aus der NS-Zeit lediglich ein Artikel über ein Attentat auf Hitler zu finden. Um die Verbrechen durch deutsche TäterInnen geht es nur am Rande. Sie werden größtenteils ausgeblendet. Schließlich kann man schlecht stolz auf diese sein. Auch statistisch lassen sich Zusammenhänge zwischen Patriotismus und einer Schlusstrich-Mentalität erkennen: In einer Umfrage fordern „nur“ 13 Prozent der befragten Studierenden, die überhaupt nicht an einem Nationalbewusstsein interessiert sind, einen Schlusstrich unter die NS-Zeit. Bei denen, die für ein „gesundes Nationalbewusstsein“ plädieren, sind es 65 Prozent.³ Dabei hat ein Schlusstrich unter die nationalsozialistische Vergangenheit schwerwiegende, negative Folgen, die der Psychoanalytiker Werner Bohleber wie folgt beschreibt: „Wird die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus, an die Verfolgung und Vernichtung von Juden, Zigeunern und anderen Mißliebigen nicht abgewehrt, so bringt sie eine Einfühlung in die Situation der Fremden mit sich und hält sie lebendig.[...] Die Abwehr der Erinnerung an den Holocaust macht dagegen hartherzig und mitleidlos“⁴

Im Stolz aufs Vaterland vereint – Die Nation als sozialer „Kitt“

Nationalstolz forciert aber nicht nur Schlusstrich-Mentalität und Ausgrenzung, sondern ist auch ein Instrument, das soziale Ungleichheit verschleiert und damit bestehende Herrschaftsverhältnisse festigt: Da vergisst die Arbeiterin schon mal die letzte Lohnkürzung, der Arbeitslose vergisst Hartz IV und die Ehefrau vergisst die Schläge der letzten Nacht: Es sitzen schließlich alle – Herrschende wie Beherrschte, Unterdrückende

3 Klaus Ahlheim/Bardo Heger. Die unbequeme Vergangenheit, Schwalbach/Ts. 2002, S.25

4 Werner Bohleber: Ethnische Homogenität und Gewalt. Zur Psychoanalyse von Ethnozentrismus, Fremdenhaß und Antisemitismus, in: Marianne Lenzinger-Bohleber/Ralf Zwiebel (Hrsg.), Psychoanalyse heute, Opladen 1996, S. 194-206, hier 204.

1 Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 5. Suhrkamp, Frankfurt a. M., 2007, S. 131-149

2 Muff Potter: Punkt 9, auf: Von Wegen (LP/CD), 2005

wie Unterdrückte – im großen nationalen Boot, in dem man zusammenhalten muss! Als Sündenbock muss dann meistens das durch das „Wir“ automatisch erzeugte „Ihr“ herhalten: Nicht-Deutsche. Statt gegen eine (deutsche) Politik vorzugehen, die Armut hervorruft, Renten kürzt und auch sonstige Sozialleistungen einstampft, sind die meisten PatriotInnen der Meinung, dass „die Ausländer“ schuldig am Elend sind. Von den tatsächlichen Problemen wird abgelenkt. Das erklärt auch, warum führende Unternehmen und Medienkonzerne sowie die Bundesregierung Kampagnen wie „Du bist Deutschland“ oder „Deutschland – Land der Ideen“ unterstützen.

Arbeitsplätze zuerst für Deutsche - Standortnationalismus

Für die wirtschaftliche Elite hat Nationalismus aber nicht nur den Zweck, dass die Benachteiligten ein Zusammengehörigkeitsgefühl mit ihr entwickeln, und dadurch Maßnahmen, die ihren Interessen widersprechen, leichter hinnehmen.

Es wird auch einfacher, die Lohnabhängigen gegen die so genannte ausländische „Konkurrenz“ auszuspielen. Ein guter Patriot will schließlich, dass Unternehmen dem Standort Deutschland treu bleiben, statt ins „böse“ Ausland zu gehen, und nimmt somit Lohnkürzungen und eine Wirtschaftspolitik, die sich an Kapitalinteressen orientiert, gerne in Kauf. Wenn Neoliberalismus mit dem Standort Deutschland gerechtfertigt wird, sollte es also für Linke selbstverständlich sein, diese Argumentation als nationalistisch zu entlarven und zu widersprechen. Leider ist die Standortlogik auch in den Mainstream-Gewerkschaften⁵ weit verbreitet und selbst in der Partei „DIE LINKE“ findet man nationalistische Ansichten.

„DIE LINKE“ und ihr Verhältnis zur Nation

Während man von Konservativen und großen Teilen des sozialdemokratischen und liberalen Lagers nichts anderes als Vaterlandsverehrung zu erwarten hat,

stehen linke Parteien eher in einem kritischen Verhältnis zur Nation – möchte man meinen. Die Realität der Partei „DIE LINKE“ sieht anders aus. Immer wieder hört man Äußerungen von SpitzenpolitikerInnen, die nicht nur unkritisch mit dem Begriff der Nation umgehen, sondern Nationen explizit rechtfertigen.

Nachdem Gabi Zimmer, die damalige PDS-Vorsitzende in ihrer Antrittsrede, ein Liebesbekenntnis zu Deutschland abgab, brach im Jahr 2000 eine Diskussion aus, in die sich auch der damalige PDS-Vize Dieter Dehm einschaltete, um für einen „nationalen Internationalismus“ und „Heimatschutz“⁷ zu werben. Auch Gregor Gysi ergriff das Wort und bemängelte, dass „eine Linke, die sich nicht als Bestandteil der Nation begreift“, „nicht um sie ringen“ könne.⁸ Sein heutiger Parteigenosse Oskar Lafontaine unterstützte 2004 – als er noch SPD-Mitglied war – in einer Kolumne in der „BILD“ die nationalistische Forderung des damaligen Innenministers Otto Schily nach „EU-Auffanglagern“ für Flüchtlinge in Nordafrika.⁹

Aber auch in offiziellen Positionen werden – so sieht es zumindest für den/die LeserIn aus – nationale Grenzen rechtfertigen. In einem Beitrag zur „Mauer“ findet man auf der Seite www.die-linke.de die Passage: „Zwar hat jeder Staat das Recht und die Pflicht, seine Grenzen zu schützen“¹⁰. Migration und Asyl ist in der Partei nur ein Randthema, das meistens von den selben, wenigen Einzelpersonen aufgegriffen wird. So verwundert es nicht, dass sich „DIE LINKE“ selbst von „Grünen“, die schon lange nicht mehr die Aufhebung von Grenzen oder Nationen fordern und während ihrer Regierungszeit auch keine beachtenswerten Veränderungen in diese Richtung erzielten, die Kritik gefallen lassen muss, nicht „internationalistisch“ zu sein und „in Wirklichkeit

die nationalen Grenzen“ zu betonen.¹¹ Dass „DIE LINKE“ angesichts einer gesamtgesellschaftlich nationalistischen Stimmung in Deutschland von diesem Kurs abrücken wird, ist unwahrscheinlich. Ein WählerInnenstimmenverlust wäre vorprogrammiert: 28,6 Prozent ihrer Anhänger haben ausländerfeindliche Einstellungen. Das toppen nur NPD, DVU und „Republikaner“.¹²

„Imagine there's no countries“ (John Lennon)

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Patriotismus nicht von Nationalismus zu trennen ist, Menschen auf Grund ihrer Nation auf- und abwertet, Ausgrenzung rechtfertigt, zu Geschichtsverfälschung führt und Herrschaftsverhältnisse aufrechterhält. Dies gilt nicht nur für Deutschland, sondern für alle Nationen, womit man den meisten PatriotInnen Recht geben muss: Die Deutschen haben nicht weniger das „Recht“, stolz auf ihr Land zu sein, als Menschen anderer Nationen. Auf der anderen Seite ist dies jedoch auch kein Argument, dem Patriotismus aus anderen Ländern hinterherzueifern. Die Überwindung aller Nationen sollte deshalb Ziel der linken Bewegung sein. Auf „DIE LINKE“ sollte man dabei nicht setzen. Zunächst sollte jedoch versucht werden, die schleichende, bürgerlich-nationalistische Entwicklung in Deutschland zu stoppen, denn das sagte Michel Friedmann, der damalige stellvertretende Vorsitzende des Zentralrats der Juden und CDU-Politiker, sehr passend: „Ich habe keine Angst vor ein paar Neonazis in Springerstiefeln. [...] Ich habe Angst vor den Sympathisanten mit den lackierten Fingernägeln und in Abendgarderobe, die ideologisch gar nicht mehr so weit entfernt sind von neuem Nationalismus und dem falschen Stolz, ein Deutscher zu sein.“¹³

Kontakt David Werdermann

david_w@atomstromfrei.de

5 DGB-Chef Sommer bezeichnete beispielsweise manche Unternehmen als „vaterlandslose Gesellen“, http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_10.html#MOPO_1

6 <http://www.freitag.de/2001/03/01030501.htm>

7 „Dehm bringt neuen Begriff ins Spiel“, in: „Frankfurter Rundschau“ vom 20.12.2000, S.5.

8 <http://www.wsws.org/de/2000/okt2000/gysi-o13.shtml>

9 <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,311528,00.html>

10 http://die-linke.de/partei/geschichte/fragen_und_antworten_zur_auseinandersetzung_mit_der_geschichte/4_wie_steht_die_linke_zur_mauer/

11 <http://www.oezdemir.de/show/1907531.html>

12 Oliver Decker/Elmar Brähler: Vom Rand zur Mitte, Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland, erstellt im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin, Berlin 2006, S. 51.

13 „Schily: Innenminister machen mobil gegen rechte Gewalt“, in: „Oberhessische Presse“ vom 22.11.2000.